

ZUKUNFT VERFASSUNGSSCHUTZ

Impulse der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Dezember 2012



Sabine Friedel
Innenpolitische Sprecherin
www.ua-rex.de

Konsequenzen aus dem Unvermögen der Sicherheitsbehörden bei der Aufdeckung der Terrornetzwerks „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) für die Zukunft des Sächsischen Landesamts für Verfassungsschutz

Angesichts des Unvermögens der staatlichen Sicherheitsbehörden, das Terrornetzwerk „Nationalsozialistischer Untergrund“ aufzudecken, werden mögliche Konsequenzen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden im Bund und in den Ländern diskutiert.

Eine Frage stellt sich für uns in Sachsen ganz eindringlich: Brauchen wir überhaupt einen sächsischen Verfassungsschutz? Die richtigen Schlussfolgerungen für den notwendigen Umbau staatlicher Behörden kann man erst ziehen, wenn man deren Fehler beim NSU-Fall analysiert hat. Welche Fehler also sind bei den Verfassungsschutzbehörden – bundesweit und in Sachsen – gemacht worden?

(I) FEHLERANALYSE

1. Der Verfassungsschutz hatte ein unvollständiges Lagebild.
Das Lagebild des Verfassungsschutzes stimmte mit der Wirklichkeit nicht überein: Wichtige sächsische Unterstützernetzwerke des NSU wie Blood & Honour, die Weiße Bruderschaft Erzgebirge, CC 88 oder das Freie Netz wurden lediglich als Musiknetzwerk bzw. Internetplattform wahrgenommen. Ihr militanter, politischer und strukturierter Charakter wurde verkannt. Dadurch wurde ihr Gefahrenpotential falsch eingeschätzt.
2. Der Verfassungsschutz hat ihm vorliegende Informationen ungenügend analysiert.
Erkenntnisse, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln erworben wurden (Observationen, Quellenberichte, TKÜ), wurden offenbar zu wenig miteinander in Verbindung gebracht. Aus den Akten ergeben sich kaum Hinweise darauf, dass die Netzwerke einzelner Personen tiefgreifend untersucht oder Querverbindungen analysiert wurden. So blieben vielfältige unmittelbare und mittelbare Kontakte behördenbekannter sächsischer Nazis zum NSU unentdeckt.
3. Der Verfassungsschutz hat nicht alle ihm vorliegenden Informationen geteilt.
Das Landesamt hat nicht alle ihm vorliegenden Informationen mit anderen staatlichen Stellen geteilt. Ein Beispiel aus den Akten: Die Anfrage eines anderen Landesamts für Verfassungsschutz nach Informationen zu einem länderübergreifend agierenden Neonazi versah das sächsische Amt mit der Notiz „Nur offene Erkenntnisse mitteilen“. In den Akten finden sich zahlreiche Mitteilungen anderer Behörden an das LfV Sachsen, aber so gut wie keine Mitteilungen des LfV Sachsen an andere Behörden.
4. Durch die Finanzierung von V-Leuten könnte die Szene gestärkt worden sein.
Auch der sächsische Verfassungsschutz hat V-Leute im rechtsextremen Milieu gehabt. Die finanzielle Entlohnung dieser Quellen kann ein Beitrag zur Stärkung der rechtsextremistischen Szene gewesen sein. Im Mindesten werden so Personen, die die Szene tragen, stabilisiert.

(II) AUFGABEN

Will man beurteilen, ob ein Sächsisches Landesamt für Verfassungsschutz verzichtbar ist oder nicht, so müssen im zweiten Schritt die Aufgaben betrachtet werden, die erfüllt werden sollen. Zu prüfen ist, ob diese Aufgaben a) nicht erledigt werden müssen oder b) von anderen Behörden erledigt werden können.

Wir halten die Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten, nicht für verzichtbar. Es erscheint uns geradezu absurd, anderes zu behaupten: Denn seit dem Auffliegen des Terrornetzwerks NSU wird – völlig zu Recht – massiv beklagt, dass unsere staatlichen Sicherheitsbehörden versagt haben, dass sie das Netzwerk eher hätten aufdecken müssen, dass es nicht gelungen ist, die zehn Morde zu verhindern.

Eine angemessene Reaktion auf das Versagen von Behörden kann doch aber nicht in ihrer Abschaffung liegen. **Wer auf die staatliche Beobachtung und Analyse verfassungsfeindlicher Bestrebungen in Sachsen verzichten will, der macht unser Land erneut zu einem attraktiven Rückzugsraum für rechtsextreme Netzwerke.**

Eine Ausweitung der Befugnisse der Polizei um bisherige Aufgaben des Verfassungsschutzes lehnen wir ab, **da wir am Trennungsgebot und der Notwendigkeit starker parlamentarischer Kontrolle festhalten.**

Eine Zusammenlegung von Verfassungsschutzämtern verschiedener Bundesländer kommt für uns nicht in Frage – drei Gesetze, drei aufsichtsführende Ministerien, drei Parlamente: So droht Verantwortung zu versickern, Kontrolle ist nur schlecht möglich. Aus gleichem Grund und wegen der notwendigen regionalen Verankerung lehnen wir eine vollständige Übertragung der Aufgaben an das Bundesamt für Verfassungsschutz ab. Wir halten es aber für sinnvoll zu prüfen, ob einzelne Aufgaben stärker vom leistungsfähigeren Bundesamt erfüllt werden können.

Aufgabe des Verfassungsschutzes ist nach dem Sächsischen Verfassungsschutzgesetz die Sammlung und Auswertung von Informationen über

- | | | |
|--|--|---|
| a) Bestrebungen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Landes gerichtet sind, | Aufgabe ist nicht verzichtbar (Verfassungsauftrag zur „wehrhaften Demokratie“) | |
| b) sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten in Sachsen für eine fremde Macht, | Aufgabe ist nicht verzichtbar | Könnte ggf. schwerpunktmäßig vom Bundesamt für Verfassungsschutz organisiert werden |
| c) Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungen auswärtige Belange gefährden, | Aufgabe ist nicht verzichtbar | Könnte ggf. schwerpunktmäßig vom Bundesamt für Verfassungsschutz organisiert werden |
| d) Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind, | Aufgabe ist nicht verzichtbar | Könnte ggf. schwerpunktmäßig vom Bundesamt für Verfassungsschutz organisiert werden |
| e) fortwirkende Strukturen der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen DDR. | Aufgabe ist mangels fortdauernder Relevanz auslaufend / verzichtbar | |

(III) KONSEQUENZEN

Wir plädieren dafür, dass sich das Landesamt für Verfassungsschutz künftig **auf seine regionale Kernaufgabe konzentrieren** soll: Auf die Beobachtung und Analyse von Bestrebungen im Freistaat Sachsen, die sich aktiv gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten. Andere Aufgaben wie beispielsweise die Spionageabwehr sind auf zentraler Ebene (Bundesamt für Verfassungsschutz) unserer Ansicht nach besser aufgehoben, weil diese spezialisierter und leistungsfähiger ist.

Ein sächsisches Landesamt, das sich auf die Kernaufgabe „Verfassungsschutz“ konzentriert, kann verkleinert werden. Wir wollen **weniger, aber dafür besser qualifiziertes Personal** in dieser Behörde. Ausgehend von der Fehleranalyse ergeben sich für uns folgende Konsequenzen für den künftigen Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen:

Problem	Konsequenz
<u>Der Verfassungsschutz hat ihm vorliegende Informationen schlecht analysiert.</u>	<p>Der Analysebereich im Verfassungsschutz muss deutlich gestärkt und qualifiziert werden:</p> <ul style="list-style-type: none">- Einstellung qualifizierten Personals mit polizeilicher oder juristischer bzw. sozial- und kulturwissenschaftlicher Ausbildung,- regelmäßige Fortbildung des vorhandenen Personals,- intensiver Austausch mit anderen staatlichen Stellen und kommunalen Behörden sowie Akteuren der Zivilgesellschaft über regionale Lagen und Entwicklungen
<u>Der Verfassungsschutz hat ihm vorliegende Informationen nicht geteilt.</u>	<p>Die Informationspflichten des Verfassungsschutzes müssen gesetzlich verankert werden:</p> <ul style="list-style-type: none">- Pflicht zur regelmäßigen und umfassenden Information gegenüber dem sächsischen Staatsministerium des Innern,- Pflicht zur regelmäßigen und umfassenden Information gegenüber anderen Landesämtern und dem Bundesamt für Verfassungsschutz. <p>Außerdem muss die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes deutlich erweitert werden:</p> <ul style="list-style-type: none">- die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) soll vergrößert werden und mindestens viermal jährlich (statt bisher zweimal) zusammentreten,- das Landesamt muss der PKK über die aktuelle Lage sowie den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel umfassend berichten,- neben dem Recht auf Erteilung von Auskünften sollen die Mitglieder der PKK ein Akteneinsichtsrecht sowie das Recht zur Befragung von Mitarbeitern erhalten,- die PKK muss ihr bisher schon bestehendes Recht zur Information der Öffentlichkeit stärker nutzen.
<u>Durch die Finanzierung</u>	<p>Der Einsatz von Vertrauenspersonen muss hinterfragt werden. Einerseits gibt es gerade im Bereich verfassungsfeindlicher Bestrebungen eine Notwendigkeit</p>

<p><u>von V-Leuten könnte die Szene gestärkt worden sein.</u></p>	<p>zur Nutzung menschlicher Quellen. Denn eine Vielzahl wichtiger Informationen wird nur konspirativ geteilt und ist nicht öffentlich zugänglich.</p> <p>Andererseits darf man nicht vergessen, dass Vertrauenspersonen keine Verfassungsschützer sind, sondern Angehörige des beobachteten Milieus. Nur in den seltensten Fällen dürften menschliche Quellen aus eigenem Antrieb und ohne Erwartung von Gegenleistungen zur Übermittlung von Informationen bereit sein. Weitaus häufiger werden staatliche Gegenleistungen erforderlich sein, um Informationen zu erhalten.</p> <p>Solche staatlichen Gegenleistungen (finanzielle Zuwendung oder gefälliger Umgang mit Informationen) dienen dann jedoch zwangsläufig dazu, das beobachtete Milieu zu stabilisieren und zu unterstützen. Man muss abwägen, ob man zusätzliche Informationen um den Preis der Stabilisierung bzw. Unterstützung verfassungsfeindlicher Bestrebungen erhalten will. Wir sagen bei dieser Abwägung: Nein, dieser Preis ist zu hoch. Hinsichtlich der V-Leute gibt es kein richtiges Leben im falschen.</p> <p>Wir fordern daher: Der Verfassungsschutz darf für die Erlangung von Informationen von V-Personen keine Gegenleistungen erbringen. Sollte unter diesen Umständen der Einsatz von V-Personen nicht mehr möglich sein, dann muss das hingenommen werden.</p>
---	---

Wir begrüßen die auf Bundesebene diskutierten bzw. gefassten Beschlüsse zur Stärkung der Zentralstellenfunktion des Bundesamtes für Verfassungsschutz, zur Einrichtung gemeinsamer Zentren, zur Erreichung von mehr Transparenz, mehr Effizienz und mehr Zusammenarbeit. Eine generelle Absage zur Übertragung von Kompetenzen der Länder an das Bundesamt für Verfassungsschutz halten wir dagegen für falsch. Gerade die Verfassungsschutzämter kleinerer Bundesländer sind gar nicht groß genug, um alle Aufgaben umfassend und in ausreichender Spezialisierung und Qualität zu erfüllen. Für den Freistaat Sachsen wollen wir deshalb eine Verkleinerung des Amtes. Es soll sich auf die lokal relevante Aufgabe der Beobachtung verfassungsfeindlicher Strukturen konzentrieren.

(IV) DER SÄCHSISCHE VERFASSUNGSSCHUTZ: Vom Geheimdienst zum Nachrichtendienstleister

- ist eine schlanke, transparente und schlagkräftige Behörde mit ca. 100 Stellen,
- ist dem Staatsministerium des Innern berichtspflichtig und weisungsgebunden,
- wird von der Parlamentarischen Kontrollkommission umfassend kontrolliert,
- verfügt über hochqualifiziertes, motiviertes und regelmäßig fortgebildetes Personal mit polizeilicher, juristischer, sozial- oder kulturwissenschaftlicher Ausbildung und hoher rechtsstaatlicher Sensibilität,
- sammelt und analysiert öffentlich zugängliche sowie ohne Gegenleistung verdeckt erworbene Informationen über verfassungsfeindliche Bestrebungen im Freistaat Sachsen,
- informiert sächsische Behörden sowie staatliche Stellen anderer Bundesländer und des Bundes umfassend über seine Erkenntnisse und ist Partner der Zivilgesellschaft,
- trägt durch seine professionelle Arbeit zur frühzeitigen Erkennung, zivilgesellschaftlichen Bekämpfung und strafrechtlichen Verfolgung verfassungsfeindlicher Bestrebungen und Radikalisierungstendenzen im Freistaat Sachsen bei.